

mer nur gegen eine Person möglich und nicht gegen eine Person, die vom Ministerpräsidenten berufen wird zu seinem Staatssekretär, sondern gegen den Ministerpräsidenten. Und da müßten Sie den Antrag begründen. Sie sollten mal versuchen, selber vernünftige Politik zu machen und vernünftige ...

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Starker Beifall bei der CDU/DA, DSU, Liberalen und SPD, die Abgeordneten der CDU/DA und DSU erheben sich von ihren Plätzen)

Es ging mir darum, daß gemeint sein muß, daß wenigstens politikfähige Anträge gestellt werden müssen, politikfähig müssen sie sein.

(Zuruf: Das ist unmöglich. Lassen Sie doch die Polemik.)

Wissen Sie, wir wollten nur einmal zeigen, daß wir es mindestens ebenso gut können wie Sie.

(Beifall bei CDU/DA, DSU)

Meine Damen und Herren! Die Situation ist allerdings viel zu ernst, als daß wir uns auf solche Spielchen einlassen dürfen.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und SPD)

Zunächst will ich zu der schwierigen Situation etwas sagen, "Sie eben entstanden ist durch die Situation, die im Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär Dr. Krause und Herrn Minister Romberg entstanden ist. Herr Dr. Krause hat die Zahlen verwandt, die der vom Finanzminister mit der Gesprächsführung Beauftragte in die Verhandlungen eingebracht hat. Es ist also allein eine Frage, die im Haus dort zu klären sein wird.

Allerdings ist es richtig, daß wir am gestrigen Tage oder bereits vor 2, 3 Tagen gefordert haben, wir wollten ein zusammenfassendes Zahlenmaterial haben. Ich habe ein solches vorläufiges Material, mit vielen Bemerkungen versehen, daß es nicht sicher sei, am gestrigen späten Abend bekommen, wo allerdings dann einige Abweichungen festzustellen sind.

Ich will, selbst wenn es manche nicht hören mögen, noch einmal auf die Ausgangsposition zurückkommen. Auch wenn es über die Medien kaum bekannt gemacht wird, sondern getan wird, als ob wir von einer gesunden Ausgangsposition ausgehen könnten: Wir stehen vor einer der schwersten wirtschaftlichen Krisen, in denen dieses Land je gewesen ist, und zwar nicht, weil wir sie hineingebracht hätten, sondern weil wir das übernommen haben, was wir übernommen haben.

(Beifall)

Und das liegt daran, daß man zum Zeitpunkt Schnitt einer Währung keine Inventur mehr schieben kann, wie man das in der Vergangenheit getan hat, sondern daß tatsächlich hier nun eine ehrliche Inventur erzwungen werden wird.

Ich will Ihnen einige weitere Dinge zur wirtschaftlichen Situation sagen, damit Sie wissen, welche Maßnahmen erforderlich sind: Nach Berechnung des Statistischen Amtes der DDR beträgt der Rückstand der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zwischen 40 und 50 %. Gegenüber anderen westlichen Industrieländern sieht es nicht wesentlich besser aus. Das Produktionsniveau im Bauwesen ist allerdings nur 30 % niedriger. Die Industrieproduktion lag im I. Quartal 1990 4,7 % unter der des I. Quartals 1989; leicht steigende Tendenz wieder im März. Das Produktivitätsniveau der Industrie lag im I. Quartal 1990 um 2% unter dem des Jahres 1989 und lag damit etwa bei dem von 1988.

Eine wesentliche Ursache für die mangelnde und ungenügende Effizienz der Volkswirtschaft ist der Rückgang der Akkumulationsrate von 29 % im Jahre 1970 auf 21 % im Jahre 1980. Darin ist das entscheidende Problem enthalten, daß die Akkumulation für produktive Investitionen von 16,1 % im Jahre 1970 - damals schon nach modernen Kenntnissen und Standards zu niedrig - auf 9,7 %

im Jahre 1989 zurückgegangen ist. Das heißt, daß wir unsere Betriebe aufgeessen haben, um es so zu sagen. Dahinter stand der Versuch, der Bevölkerung eine erfolgreiche Politik zu präsentieren, obgleich es eine solche nicht gab. Wir haben, wenn überhaupt, in Bereichen investiert, in denen nicht hätte investiert werden dürfen und müssen. Ich denke nur an die Mikroelektronik und bestimmte Bereiche, den berühmten 32-bit-Chip, wo jetzt zuerkannte Auszeichnungen aberkannt werden müssen.

Mit den gegenüber der Bundesrepublik vergleichbaren Abschreibungsbedingungen liegen die Abschreibungen bei den Ausrüstungen im produktiven Bereich gegenwärtig bei 65 %, in der Industrie bei 63 %. In der Bundesrepublik liegen solche bei 48, 47 %. In der Land- und Forstwirtschaft liegen sie bei 63 %.

Die Situation hat dazu geführt, daß in den vergangenen Jahren durch die fehlerhafte Behandlung von Investitionen überhaupt in einigen Bereichen - im Bauwesen, im Handel und in der Landwirtschaft - nicht einmal mehr die einfache Reproduktion der Grundmittel gesichert war.

Nach dem, was hier nun zu der Staatsverschuldung gesagt worden ist, möchte ich auf folgendes hinweisen: Die Staatsverschuldung beträgt gegenwärtig für 1990 - bis Ende vorigen Monats - 7,9 Milliarden. Gestern hat der Finanzminister im Kabinett die Erlaubnis zur Aufnahme eines Kassenkredits in Höhe von 15 Mrd. gefordert, um das Defizit bis zum 30.6. 1990 decken zu können. Nach vorsichtigen Schätzungen des Finanzministeriums - so wurde mir zugearbeitet - wird im zweiten Halbjahr mindestens ein Defizit von 25 Mrd. entstehen. Das wären immerhin auch 40 Mrd. Wenn man dann noch die Belastungen des nächsten Jahres hinzurechnet, kommt man zu den Zahlen, die Dr. Krause genannt hat.

Die Auslandsverschuldung beläuft sich gegenwärtig auf 27,2 Milliarden Mark. Aber, und das ist das erstaunliche, mir konnten keine Angaben gemacht werden zu der Struktur der Auslandsverschuldung. Wir wissen nicht, ob sie investiert sind, ob sie verbraucht sind, wir wissen nicht, bei welcher Bank sie sind, wir wissen nicht, zu welchen Währungen sie sind, wir kennen nicht die Verwendungszwecke, ich kenne nicht die Fälligkeitstermine. Das ist die Situation, die wir übernommen haben, und mit der wir zu verhandeln und umzugehen haben. Und dazu lassen wir uns von denen, die das mit zu verantworten haben, den Vorwurf machen, wir sollten noch weitere Schulden aufnehmen und uns vielleicht noch sagen lassen, wie wir sie decken können.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen dies mit der Deutlichkeit, um damit die Kulisse erkennbar zu machen, in der wir uns in den nächsten Wochen und Monaten bewegen müssen. Wir haben ein Erbe übernommen, das wohl jemand im Privatleben sicherlich ausgeschlagen hätte. Aber wir konnten es nicht ausschlagen. Wir haben keine Wahl, wir haben das Erbe angenommen, um den Menschen in unserem Lande zu helfen.

Es gibt allerdings auch den Zustand, den Max Frisch so beschreibt: Die Krise ist ein produktiver Zustand, man kann sie fruchtbar machen, man muß ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.

(Dr. Gysi, PDS: Spricht das nicht alles gegen eine Währungsunion und für einen Währungsverbund?)

Nein, das spricht nicht dagegen, weil alle anderen Formen dazu führen würden, daß die Wirtschaft noch tiefer in die Krise geraten würde, Herr Kollege. Der Versuch ist ja nun lange genug unternommen worden, mit Währungsmanipulationen die Wirtschaft zu sanieren, im Falle von 1:4 bis zu 5,60 und ähnliches mehr. Außerdem, die Situation ist doch die, daß die Situation so war, daß die Menschen unter diesen Bedingungen so nicht mehr leben wollten und wollen. Sie wollen eine gleichberechtigte Währung haben, mit der sie die gleichen Waren kaufen können, und zwar in allen Teilen Deutschlands.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)